

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. A. Auer
Verlagsgesellschaft m. b. H.
Auer, Leipzig
Erscheint täglich, außer an
Sonntagen und Feiertagen.
Preis 10 Pfennig.

Nr. 98.

Donnerstag, den 28. April 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie aus guter Quelle verlautet, haben die französischen Mehrheitssozialisten gestern beschlossen, daß die ihrer Partei angehörenden Minister nicht zurücktreten sollen.

Der englische Botschafter in Berlin Lord D'Abernon hat gestern den Reichsminister Simons aufgesucht, der ihm erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen machte.

Die Associated Press erklärt, daß Ziffernband von der französischen Regierung verfaßt wurde, daß die deutschen Vorschläge, die nach Washington weitergegeben wurden, ganz unannehmbar seien.

Der Reichsfinanzminister soll seine Zustimmung erteilt haben, daß die für den Winter geltenden Sätze der Arbeitslosenunterstützung über den 30. April hinaus fortgesetzt werden.

Die deutsche Note als Verhandlungsbasis.

Dr. Wer bisher noch nicht wußte und sah, wie ungeheuer ernst die Lage ist, in der wir uns befinden, dem kann nur empfohlen werden, die in der gestrigen Ausgabe des Auer Tageblattes an dieser Stelle abgedruckte deutsche Note, die das Reparationsangebot enthält, Wort für Wort durchzulesen. Ungeheuer steht hinter uns der Zwang, zu Verhandlungen zu kommen. Die Regierung hat eine Verantwortung auf sich genommen, die ohnehin ist, aber der Mut der Regierung ist keine freiwillige Angelegenheit gewesen, sondern er ergab sich aus dem ganzen Ernst der Lage. Wir bieten wiederum 50 Milliarden Goldmark gegenwärtig als Gesamtverpflichtung an, ohne diesmal die 20 Milliarden Goldmark Vorleistungen abzugeben, aber die unter Hinzunahme von Sachverständigen verhandelt werden soll. Wir sind auch bereit, die 50 Milliarden in Annuitäten im Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Das ist in kurzem das deutsche Angebot, mit dem wir uns von den Reparationsverpflichtungen des Versailler Vertrages lösen wollen. Alles andere sind Modifikationen, sind angebotene Möglichkeiten, diese Summe zu mobilisieren. Wir schlagen eine internationale Anleihe vor und wollen über Einzelheiten verhandeln. Bei den Annuitäten ist der Zinssatz und der Zinssatz offengelassen. Wir halten zur Zeit indessen nur eine Vergütung von 4 Prozent jährlich für möglich. Die Annuitätenzahlung soll geregelt werden durch einen Besserungsschein und durch eine Basis-Klausel, die auf Grund eines zu vereinbarenden Index-Schemas festzustellen sind. Wir wollen, wie schon in der früheren deutschen Note betont ist, den Wiederaufbau in Nordfrankreich leisten, und wir schlagen als Ergänzung Sachleistungen für die geschädigten Staaten vor. Um dem Geldbedarf insbesonders Frankreich entgegenzukommen, wollen wir alsbald eine Milliarde Goldmark in Gold und Devisen zahlen. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung der Reparationskommission auf Herausgabe des deutschen Goldes geregelt werden können. Sind die Vereinigten Staaten und die Alliierten bereit, einen Teil der Schuldverpflichtungen den Alliierten auf Deutschland zu überschreiben, so will Deutschland diese tragen. Endlich gibt Deutschland auch, was Frankreich forderte, weitreichende Garantien für alle Arten von Kredit. Deutschland kann die Reparation aber nicht aus seinem Volkvermögen, sondern nur aus seiner Produktion heraus leisten. Es kann die Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen, wenn die Produktionsbasis verringert wird. Wer will nach einem solchen Angebot nun noch über den bösen Willen Deutschlands sprechen? Wir waren zu einem solchen Angebot gezwungen, um die in Kraft getretenen Sanktionen so bald wie möglich zu beseitigen und um neue Sanktionen zu verhindern, die ein Wiederaufleben des Krieges bedeuten würden. Wenn die Alliierten wirklich eine Verhandlungsbasis wollen: Hier ist sie. Nun haben die Gegner das Wort!

Günstiger Eindruck des deutschen Angebotes in Washington?

Dem Welt Pariser wie aus Washington gemeldet: Die deutschen Vorschläge sind am 25. April, nachmittags 4 Uhr, in Washington eingetroffen. Während noch der zweite Teil der Vorschläge entziffert wurde, empfing Hughes bereits die Botschafter von England und Frankreich. Er erklärte ihnen, daß die amerikanische Regierung, bevor sie die Vorschläge nach Paris und London weitergibt, vor allem Wert darauf lege, zu wissen, ob die Weitergabe nützlich und zweckmäßig sei. Sobald das Dokument vollständig entziffert war, begab sich Hughes zum Präsidenten Harding. Es fand sofort eine Kabinettsitzung statt, in der die deutschen Vorschläge geprüft wurden. Obwohl noch keine amtliche Erklärung vorliegt, kann man doch sagen, daß die deutschen Vorschläge einen guten Eindruck hervorgerufen haben.

Es erscheint besonders beachtenswert, daß diese Meldung von einer günstigen Seite der deutschen Vorschläge in Washington aus französischer Quelle stammt. Trotzdem wäre es verfehlt, die Dinge bereits

in rosigem Dichte zu sehen. Für den Entschluß, den die Regierung der Vereinigten Staaten fassen wird, ist der gute Eindruck, den das deutsche Angebot im Hinblick auf die Interessen der Alliierten gemacht hat, sicherlich nicht allein maßgebend, sondern letzten Endes der Gesichtspunkt, ob die deutschen Vorschläge auch den amerikanischen Geschäftsinteressen genügend Rechnung tragen. Das geht deutlich aus nachfolgendem Telegramm hervor, dessen Einzelheiten vielleicht den Tatsachen vorauseilen, dessen Inhalt aber zum mindesten die Auffassung der amerikanischen Finanzwelt wiedergeben scheint:

Ein Vorschlagsvorschlag der amerikanischen Regierung?

Aus Washington wird berichtet, die Regierung der Vereinigten Staaten habe bei der deutschen Regierung bereits angeregt, Änderungen in den Vorschlägen vorzunehmen. Dr. Simons habe dem zugestimmt. Washington wies darauf hin, daß eine Prozentliche Verzinsung der internationalen Anleihe zu niedrig sei. Die amerikanische Regierung sei bereit, aber eine höhere Zinsrate zu verhandeln. Da durch die Vereinigten Staaten und die anderen Alliierten alles versucht wird, um die Wiedergutmachungsfrage ohne Verzögerung zu regeln, erwarte man, daß Frankreich das neue Angebot der deutschen Regierung gütig beurteilen wird.

Scharfe französische Ablehnung des deutschen Angebots.

Die Pariser Presse lehnt das neue deutsche Angebot ab, zum Teil mit scharfen Worten. Nach einer Meldung der Agence Havas werden auch in zuständigen französischen Kreisen die neuen deutschen Vorschläge für vollkommen unannehmbar gehalten. Das Außenministerium sei amtlich von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, die keine Unterlage für eine förmliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen böten. Die von der Reichsregierung zu Reparationszwecken angegebenen Zahlen seien durchaus ungenügend, da sie um mindestens 100 Milliarden hinter den Summen der Pariser Abmachungen zurückblieben, die von den Verbandsregierungen als Mindestforderung betrachtet würden. Alle Anerbietungen seien von einer strengen Vorbedingung abhängig, die ihren Wert ganz bedeutend herabmindere.

Frankreich besteht auf dem Einmarsch.

Der Pariser Vertreter des Corriere della Sera berichtet, daß jede Hoffnung auf einen baldigen Ausgleich zwischen der Entente und Deutschland ohne neue Sanktionen geschwunden sei. Die französische Regierung halte ihren Beschluß aufrecht, am 5. Mai in Deutschland einzumarschieren und von ihren Forderungen nichts herabzulassen.

England verlangt weitere Aufklärung.

Nach Mitteilung aus zuständigen englischen Kreisen ist die Stellungnahme der englischen Regierung (wie auch der englischen Presse) hinsichtlich der neuen deutschen Note durchaus abwartend. Vor allen Dingen ist der Wortlaut der Note noch nicht von dem amerikanischen Staatsdepartement übermittelt worden. Der einzige Text, den man besitzt, ist die Übersetzung der Berliner Veröffentlichung. Man hat tatsächlich aus Washington bisher noch keinerlei Nachricht in dieser Hinsicht erhalten. Die Vorschläge, die bisher gemacht wurden, seien in Bezug auf die Sicherheiten zu zweideutig, und diese Zweideutigkeit mache weitere Erklärungen unbedingt nötig. Es wurden deshalb auch bereits Schritte unternommen, um diese Erklärungen sobald wie möglich zu erhalten. Erklärungen sind vor allen Dingen in Bezug auf den ersten Paragraphen notwendig, denn allem Anschein nach legt Deutschland keinerlei Zeit fest, innerhalb welcher die Jahresraten bezahlt werden müssen.

Der Reichstag und das deutsche Angebot.

Die Erklärung der Regierungsparteien.

Im Reichstag begann gestern die Aussprache über die Erklärung vom Dienstag, die Außenminister Dr. Simons namens der Reichsregierung über die auswärtige Politik abgegeben hatte. Die Reihe der Redner wurde durch den Abg. Dr. Meißner von der Deutschen Volkspartei eröffnet, der namens der Koalitions-Parteien eine gemeinsame Erklärung abgab, deren Knappheit sich nur dadurch erklären läßt, daß jeder der einzelnen Koalitionsparteien später noch mit einem besonderen Redner ihren Standpunkt vertreten lassen wird. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Nachdem die Londoner Verhandlungen abgebrochen waren, hat das deutsche Volk in fester Entschlossenheit die aber große Teile Deutschlands überdauert Zwangsmaßnahmen getragen. Diese Zwangsmaßnahmen haben bisher ihren Zweck nicht erreicht, sie werden, auch verstärkt, ihn niemals erreichen. Den Volksgenossen danken wir für ihre Treue, wir sind überzeugt, daß auch in Zukunft, wenn es notwendig werden sollte, sie dieselbe Standhaftigkeit und Opferwilligkeit erweisen würden. Das enthebt uns aber nicht der Pflicht, alles zu tun, um neue Gewalt abzuwenden. Schwere Herzen, aber im Vollgefühl unserer Verantwortlichkeit sprechen wir

unser Einverständnis dazu aus, daß die Regierung den Weg, der sich ihr bot betreten hat, um die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu erlangen. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika diese Aufgabe übernimmt, öffnet sich damit auch die Aussicht, der ganzen Welt den Frieden zu geben. Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mitgeteilt worden sind, muten uns Ungeheuerliches an. Das deutsche Volk ist aber gewillt, rücksichtslos zu leisten, was es leisten kann. Es wird mit uns der Auffassung sein, daß für rückschauende Betrachtungen jetzt nicht Zeit ist. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festzustellen, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschöpften und zerstörten Welt den Frieden zu verschaffen. In diesem Bewußtsein würde das deutsche Volk allem Schrecken, was Gewalt verhängen kann, furchtlos standhalten.

Als zweiter Redner ging der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken auf die Wortrede, die der deutsch-nationale Abg. Hochstet gegen den Außenminister Simons gerichtet hat, ein. Dann sprachen die Redner der Opposition: Dr. Seifertich und der Kommunist Fröhlich. Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen des Abg. Müller-Franken und des Abg. Seifertich wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Der Sieg des deutschen Gedankens

St. Als nach der Volksabstimmung in Oberösterreich sich eine überwältigende Mehrheit für Deutschland erklärt hatte, da konnte selbst eine französische Zeitung nicht umhin, festzustellen, daß Deutschland eine Bataille gewonnen habe, und daß der Sieg des Deutschturns in Oberösterreich dem Deutschen Reich neuen moralischen Kredit geschaffen habe. Deutschland hat schon wieder eine friedliche Bataille gewonnen. Nicht nur die Länder, die bisher im Verbände mit dem Deutschen Reich gelebt haben, wollen für die Zukunft beim Deutschen Reich bleiben, auch andere Länder drängen nach Anschluß und Tirol hat sich als erstes der Länder Deutsch-Österreichs nunmehr einmütig für den Anschluß an Deutschland erklärt. Wir nehmen das als ein freundliches Zeichen in dieser dunklen Zeit. Wir sind noch vom Feind umdrängt, obgleich wir einen sogenannten Friedenszustand haben. Wir haben Jahre schwerer Arbeit vor uns, um den Siegern den Tribut zu zahlen, auf den sie kraft ihres Sieges Anspruch machen. Trotzdem, trotz alledem gibt es noch Deutsche außerhalb des Deutschen Reiches, die ihr eigenes Interesse nur in dem Anschluß an dieses fest so sehr bedrängte Reich sehen. Daß die Mehrheit in Tirol sich für den Anschluß entscheiden würde, stand von vornherein für jeden fest, der den deutschen Charakter des Landes kannte. Daß aber das Abstimmungsergebnis eine solche Einmütigkeit zeigte, ist ein hochfreudliches Zeichen. Die Zahl der Gegner des Anschlusses ist verschwinnend gering. Sie beträgt nach den vorliegenden Nachrichten noch nicht einmal ein Prozent; erfreulich ist aber auch, daß, soweit bis jetzt das Ergebnis vorliegt, von den ungefähr 150 000 Stimmberechtigten mehr als 90 Prozent ihre Stimmen abgegeben und zwar für Deutschland abgegeben haben. Die Tiroler Landesregierung hat sich durch die Entente Maßnahmen nicht beeinflussen lassen. Der Volkswille war klar. Er als alle Ententebedrohungen. Die Tiroler Abstimmung hat, darüber darf man sich natürlich nicht täuschen, den Anschluß einstellten noch nicht zur Folge, denn es gibt nun einmal doch noch Gemächte, die sich von heute auf morgen nicht befechtigen lassen. Die Tiroler Landgebung für Deutschland bildet aber eine überaus wichtige Grundlage, für den Anschluß, denn mag Frankreich heute noch so sehr brohen, schließlich ist doch Frankreich nicht die Welt, und die Welt hat jetzt erfahren, daß der Wille der gesamten Tiroler Bevölkerung einzig und allein dahin geht, in einem Reich mit allen deutschen Brüdern zusammen zu leben.

Gesamtergebnis der Tiroler Volksabstimmung.

Die Landesregierung teilte Dienstag früh das amtliche Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Tirol mit: 180 680 Stimmen für den Anschluß an Deutschland und nur 1467 dagegen. — Nach Zeitungsmeldungen sagte der Bohener Gemeinderat in der ersten Trauerfeier eine Entschleunigung, in der er dem Schmerz über die Opfer Ausdruck gab, gegen die Gewalttaten Einspruch erhob und erklärte, daß die Bevölkerung nunmehr gezwungen sein werde, sich selbst zu schützen, um der ungeheuerlichen Gewalt die rechtmäßige Notwehr entgegenzustellen. Eine am Montag unter freiem Himmel abgehaltene Protestversammlung setzte eine ähnliche Entschleunigung.

Dr. Paul Rohrbach über Außenpolitik.

Dr. Paul Rohrbach, der am Ausbruch des gewaltigsten aller Kriege richtig beantwortet zu können, muß tief in die politischen Fragen aller daran beteiligten Nationen gedrungen werden. Der Deutschdemokratischen Partei in Leipzig war es gelungen, Dr. Paul Rohrbach als Vortragenden für einen bedeutenden Kursus über Außenpolitik zu gewinnen. Vor einer ausserordentlichen Schar von Zuhörern, bestehend aus zahlreichen Vertretern der Presse, Parteibeamteten, Studierenden, Geschäftsleuten, führenden